

28.09.2022 | Umwelt

Oliver Kumbartzky zu TOP 8 "Auswirkungen eines durch Corona geänderten Freizeitverhaltens auf die Natur"

In seiner Rede zu TOP 8 (Bericht über die Auswirkungen eines durch Corona geänderten Freizeitverhaltens auf die Natur) erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und umweltpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Es gibt Anträge und Themen, die einen staunen lassen. Bisher war der CDU-Antrag zur Schweinefleischpflicht in öffentlichen Kantinen mein Highlight. Wir erinnern uns: Der Antrag hat sich damals, im März 2016, für die Union im Schweinsgalopp zum Wurst-Case-Szenario entwickelt. Der Berichtsantrag heute über die Auswirkungen eines durch Corona geänderten Freizeitverhaltens auf die Natur kommt in seiner Originalität dem eben erwähnten Antrag allerdings recht nah.

Als ich den Antrag zum ersten Mal sah, fragte ich mich, was uns die Koalition damit sagen will. Soll Kritik am Coronamanagement von Heiner Garg und Bernd Buchholz ausgedrückt werden? Dafür gäbe es schlicht keinen Grund. Schleswig-Holstein ist sehr gut durch die Pandemie gekommen und das ist maßgeblich den beiden eben genannten ehemaligen Ministern zu verdanken. So war auch das Modellprojekt Tourismus ein voller Erfolg für den echten Norden!

Oder wollen CDU und Grüne es jetzt den Menschen übelnehmen, dass sie im Lockdown in den heimischen Wäldern oder im Watt wandern waren? Es ist doch erfreulich, dass unsere Natur wertgeschätzt und besucht wird. Natürlich sind auch beim Wandern oder Radfahren Regeln einzuhalten, aber die Koalition tut hier so, als seien Menschenmassen marodierend durch die Naturschutzgebiete gezogen.

Die Grünen machen den Menschen seit Jahren Flug- und Urlaubsreisen madig und jetzt, wo die Menschen das eigene Bundesland als Erholungsort entdecken, ist ihnen das auch wieder nicht recht!? Das Haus mit eigenem Garten, Autos und Flugzeuge sind böse, aber in der Nähe in der Natur

unterwegs sein offenbar auch. Was bleibt dann noch? Urlaub auf Balkonien oder Schließzeiten für Stadtbewohner?

Und wenn sich jetzt die Stiftung Naturschutz beklagt, dass auf ihren Flächen viel los ist und man das alles nicht mehr richtig managen kann, könnte das vielleicht einfach daran liegen, dass sie zu viele Flächen hat. Auch deshalb muss das Vorkaufsrecht weg.

In Wahrheit – und das zeigten die Redebeiträge von CDU und Grünen eben – soll der eben gehörte Bericht folgendes: Er soll ein Türöffner sein für zusätzliche Stellen. Es sollen nach dem Willen von Schwarz-Grün zusätzliche hauptamtliche Ranger eingestellt werden. Aber brauchen wir wirklich eine Waldpolizei? Oder soll es Naturerlebnisse nur noch gegen Gebühr geben? Nichts gegen Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung, aber Geld für zusätzliche Ranger ausgeben macht wenig Sinn und ist aufgrund der finanziellen Lage des Landes nicht drin.“

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort



Oliver Kumbartzky

Sprecher für Umwelt, Landwirtschaft, Jagd, Fischerei, Energie, Klimaschutz, Verbraucherschutz und Religion

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de